

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

27.4.1931 (No. 97)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Str. 14
Fernsprecher
Nr. 955
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. A. Meind,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen halber Rabatt, der als Massenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern bezogen. Bei Anzeigenschluss, zwingender Beurlaubung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Anzeiger keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Der Reichsfinanzminister über den Mittelstand

Für steuerliche Schonung

Im Rahmen eines Vortragszyklus, das das Berliner Kartell des selbständigen Mittelstandes veranstaltete, sprach in Berlin Reichsfinanzminister Dietrich.
Der Minister erklärte u. a., wenn es nicht gelungen sei, überall eine Senkung der Realsteuern durchzuführen, so deswegen, weil der Reichsrat die ursprünglichen Vorschläge der Regierung geändert habe; aber ein Stillstand sei fast allgemein erreicht. Ein Abbau der Bauwirtschaft sei notwendig gewesen, da die gebauten Wohnungen für die Minderbemittelten zu teuer wären. Nur noch Kleinwohnungen dürften mit öffentlichen Mitteln gebaut werden. Das erste, was unbedingt im Interesse des Mittelstandes notwendig sei, sei die Bildung von Kapital und damit die Verbilligung der Zinsen.
Zum Kapitel „Kapitalismus und Bolschewismus“ erklärte der Minister, daß der westeuropäische Kapitalismus gegen den Bolschewismus nur dann sich halten könne, wenn neben dem Großkapital eine breite Mitte mittlerer und kleinerer Existenzen erhalten und wieder geschaffen werde, die ein ausschlaggebender Faktor im Kampfe gegen die Bolschewisierung sei. Aus diesem Gedanken heraus müsse die Forderung erhoben werden, daß der Mittelstand und sein Besitz steuerlich geschützt werde. Der erste Schritt stelle die Vermögensfreigrenze von 20.000 M dar. Von der Lösung dieser Probleme hänge das Wohl und Wehe des Bürgerturns ab.
Alle meine Darlegungen, so schloß der Minister, müssen im Zusammenhang mit der großen Frage: Wie wird sich das Reparationsproblem entwickeln und lösen? gesehen werden. Wenn die deutsche Kapitalbildung nicht ausreicht, neben der Zahlung der Reparationen den Bedarf des Inlandes zu decken, dann ist die erste Voraussetzung zu einer wirklichen Genesung die Neuordnung der Reparationsleistungen.

Eine Rede des preussischen Ministerpräsidenten

In einer öffentlichen Kundgebung der Sozialdemokratischen Partei in Königsberg (Ostpreußen) sprach der preussische Ministerpräsident Dr. Braun über das Thema „Was wird aus Preußen“. Der ungünstige Einfluß der September-Wahlergebnisse habe sich auch auf die deutsche Republik ausgewirkt. Das Bestreben der Reichsopposition richte sich jetzt auf die Erreichung der Macht in der inneren Verwaltung Preußens, die man nach altem preussischen System umgestalten möchte.
Wenn jetzt die Reichsregierung eine Notverordnung erlassen habe, so hätten daran die Kreise schuld, die durch ihr wildes Auftreten im öffentlichen Leben die Regierung zur Notverordnung zwingen. Auf das Ergebnis des Volksbegehrens eingehend, sagte der Ministerpräsident mit erhobener Stimme, die preussische Regierung werde für die nächsten Landtagswahlen den Zeitpunkt bestimmen, der ihr als geeignet erscheine. Nur von der Fortführung der republikanischen Koalitionspolitik sei eine weitere günstige Entwicklung in Preußen und im Reich, sowie eine allmählich durchgreifende Besserung der Wirtschaftslage zu erwarten.

Die Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl

Kautenschlager zum drittenmal gewählt

Bei der Oberbürgermeisterwahl in Stuttgart haben am Sonntag von 248 702 Stimmberechtigten 165 658 — 63,8 Proz. abgestimmt. Von den 165 248 gültigen Stimmen erhielt der bisherige Oberbürgermeister Dr. Kautenschlager, der von den Sozialdemokraten, der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum, dem Christlich-Sozialen Volksdienst, der Wirtschaftspartei und den Deutschnationalen unterstützt wurde, 115 178 Stimmen, der Kandidat der Nationalsozialisten, Hauptmann a. D. Stadtmann Dr. Strölin, für den sich auch die Volksrechtspartei einsetzte, 24 814 und der kommunistische Kandidat, Reichstagsabgeordneter Torgler, Berlin, 24 247 Stimmen.
Oberbürgermeister Dr. Kautenschlager, der im 63. Lebensjahr steht, und bereits seit 1911 Oberbürgermeister von Stuttgart ist, ist somit zum drittenmal zum Oberbürgermeister der württembergischen Landeshauptstadt gewählt worden. Seine neue Amtszeit beträgt 15 Jahre. Die Wahl ist sehr ruhig verlaufen.

Bei der Reichstagswahl am 14. September 1930 erhielten bei einer Beteiligung von 84 Proz. die Parteien, die die Kandidatur Kautenschlagers unterstützten, rund 154 000 Stimmen, die Nationalsozialisten mit Volkspartei rund 28 000 Stimmen und die Kommunisten rund 36 000 Stimmen.

Negativer Ausgang des Volksentscheids in Lippe

Im Freistaat Lippe fand am Sonntag der von den Nationalsozialisten und Volkspartei mit Unterstützung der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei, der Landvolkpartei und dem Evangelischen Volksdienst herbeigeführte Volksentscheid zur Auflösung des Lippeischen Landtags statt. Damit ein Volksentscheid Gültigkeit erlangt, muß sich mindestens die Hälfte der Stimmberechtigten, d. h. rund 54 000 Personen beteiligen. Nach den bisher vorliegenden Meldungen sind aber nur 32 000 Stimmen dafür abgegeben worden. Das Resultat aus einzelnen Ortschaften steht noch aus, doch wird dies an dem negativen Ausgang des Volksentscheids nichts mehr ändern.

München verbietet kommunistische Kundgebungen am 1. Mai. Die Münchener Polizeidirektion hat die von der kommunistischen Partei und ihren Hilfsorganisationen in München für den 1. Mai geplanten Demonstrationen und Kundgebungen unter freiem Himmel, sowie sämtliche an diesem Tage in geschlossenen Räumen angekündigten Versammlungen verboten.

Letzte Nachrichten

Um den Butterzoll

Beginn der Resortbesprechungen

GNB. Berlin, 27. April. (Priv.-Tel.) Zwischen den Reichsressorts, die an der Erhöhung des Butterzollens interessiert sind, haben heute vormittag die vorgesehenen Besprechungen begonnen, durch die die morgige Kabinettsitzung vorbereitet werden soll. Beteiligt sind daran außer dem Reichsernährungsministerium auch das Wirtschafts- und das Reichsarbeitsministerium sowie das auswärtige Amt. Ob es gelingen wird, bis morgen bereits zu einer Klärung zu gelangen, ist zweifelhaft, und man rechnet deshalb in politischen Kreisen auch kaum damit, daß in dieser Kabinettsitzung bereits eine Entscheidung fällt.

Bekanntlich hat dieses Problem das Kabinett bereits vor einigen Wochen beschäftigt. Die Lösung wurde damals verschoben, da sich kein Kompromiß finden ließ, mit dem sich der Reichsarbeitsminister einverstanden erklären konnte. Er vertritt den Standpunkt, daß eine Zollpolitik, die Preissteigerungen nach sich zieht, mit der Politik der Lohnsenkung unvereinbar ist. Das dürfte er auch in der Samstagssitzung des Kabinetts zum Ausdruck gebracht haben, und darauf geht wohl die Meldung eines Berliner Montagblattes zurück, daß Dr. Siegelmann mit seinem Rücktritt gedroht habe, falls die Zollforderungen des Reichsernährungsministers vom Kabinett beschlossen würden. Zu dieser Demission dürfte es aber nach der Auffassung gut unterrichteter politischer Kreise unter keinen Umständen kommen. Vielmehr rechnet man damit, daß entgegen der Verbindung mit einer Senkung des Weizen- und Gerstenzollens ein Ausgleich gefunden wird, dem auch der Arbeitsminister seine Zustimmung gibt, oder daß das Problem des Butterzollens jetzt noch nicht zur Entscheidung gebracht, also verschoben wird. Dabei ist zu beachten, daß auch von anderen Ressorts gewichtige Einwendungen erhoben werden. Einwas Politisches über den Ausgang läßt sich deshalb nicht eher sagen, bis die heute begonnene Resortbesprechungen zum Abschluß gebracht sind.

Eine Unterredung der sozialdemokratischen Führer mit dem Reichsfinanzminister wird voraussichtlich am Mittwoch stattfinden und sich auf die Gesamtheit der aktuellen politischen Fragen erstrecken, also außer der Zoll- und Preispolitik vor allem auch auf die Abfächer der Reichsregierung auf sozialpolitischem und finanzpolitischem Gebiete und wahrscheinlich auf die schwebenden Probleme der deutschen Außenpolitik.

Reise des Slottenabkommens

England lehnt die französischen Vorschläge ab

WLD. London, 27. April. (Tel.) Das Arbeiterblatt „Daily Herald“ schreibt, daß die Flottenverhandlungen ein neues und kritisches Stadium erreicht hätten. Am Samstag sei in einer englischen Note dem französischen Vorschlag erklärt worden, daß die britische Regierung nach reiflicher Erwägung die französischen Vorschläge nicht annehmen könne. Die Note bringe aber zum Ausdruck, daß die britische Regierung das Zustandekommen einer Vereinbarung nach wie vor dringlich wünsche.

„Daily Herald“ teilt ferner mit, daß die französischen Vorschläge die französische Forderung nach freier Hand im Bau von Ersatzschiffen während der Jahre 1935 und 1938 verändert bestehen ließen, während Großbritannien in den gleichen Jahren den Einschränkungen des Londoner Flottenvertrages unterworfen sei. Ferner sei darauf hingewiesen worden, daß bei Hendersons Besuch in Rom die italienische Regierung sich bereit erklärt hätte, Frankreich eine Überlegenheit der Tonnage in alten Kriegsschiffen zuzugestehen, während der französische Plan dies in eine Überlegenheit der Tonnage in allernormdesten Jahrgängen verwandeln würde.

„Times“ schreibt zum gleichen Thema u. a.: Es deutet an, daß ein Teil der britischen Antwort in einer erläuternden Darstellung der Verhandlungen besteht, die dem Abschluß der Flottenvereinbarungen vorausgegangen waren. Es handelt sich um eine Erwiderung auf die französische Auslegung der gleichen Verhandlungen. Der zweite Teil der britischen Antwort setzt die Gründe auseinander, aus denen die britische Regierung die französischen Vorschläge für unannehmbar halten muß. Ferner enthält er Gegenvorschläge, die, wie man hofft, über den bei den Verhandlungen der Sachverständigen erreichten toten Punkt hinauszuweisen werden. „Times“ schließt: Die Besprechungen zwischen den Sachverständigen nähern sich einem entscheidenden Stadium. Viel wird von der Antwort der italienischen Regierung auf die letzten französischen Vorschläge abhängen, die vielleicht den gleichen Gedankengängen folgen werden, wie die britische Note, vielleicht auch nicht. Noch wichtiger wird möglicherweise letzten Endes das Ergebnis der französischen Präsidentschaftswahl vom 13. Mai sein.

Jamora in Barcelona

WLD. Barcelona, 27. April. (Tel.) Ministerpräsident Jamora und der Wirtschaftsminister sind gestern abend nach einwöchiger Aufenthalt in Barcelona wieder nach Madrid zurückgekehrt. Jamora hat bei seinem Aufenthalt hier die Offiziere der Garnison aufgeföhrt, dem neuen Regime, dem sich das Heer am 14. April angeschlossen habe, treu zu dienen. Bei allen Veranstaltungen anlässlich des Besuchs Jamoras wurde die Mariellaffe gespielt, die gegenwärtig als Nationalhymne angesehen wird.

Baden als Hochschulland

Badener als Hochschulland

Die Gesamtzahl der auf allen deutschen Hochschulen der verschiedenen Hochschulgattungen studierenden Badener belief sich im jüngsten Semester nach den genauen Angaben der neuesten amtlichen „Deutschen Hochschulstatistik“ über das vergangene Sommerhalbjahr 1930 auf 5107 Studierende badischer Staatsangehörigkeit.

In Baden selbst, auf Hochschulen, die in Baden gelegen sind, studieren davon 3600 Studierende oder 70,5 Hundertstel der auf allen deutschen Hochschulen befindlichen Badener. Von den aus Baden stammenden Studierenden besuchen also rund sieben Zehntel eine Hochschule in der badischen Heimat selbst, gegen drei Zehntel sind auf nicht-badischen Hochschulen in anderen deutschen Ländern. Stärker als in Baden ist der Besuch der Hochschulen des betreffenden Landes durch die Landesangehörigen in Preußen und Sachsen, sowie in Bayern; auf Hochschulen in Preußen und in Sachsen studieren 77,7 Hundertstel der aus Preußen bzw. Sachsen stammenden Studierenden. Am meisten werden die Hochschulen des eigenen Landes von den Landesangehörigen aufgesucht in Bayern, denn von jedem Hundert bayrischer Studenten treffen wir 79,8, also rund acht Zehntel, auf bayrischen Hochschulen. In der Intensität des Besuches der heimatischen Hochschulen durch die Landesangehörigen kommt zunächst nach Baden dann Württemberg mit 63,9 Württembergern auf Hochschulen Württembergs unter jedem Hundert der Studierenden aus Württemberg.

Außer auf den badischen Hochschulen sind die studierenden Badener am stärksten vertreten auf den Hochschulen in Preußen; es studieren 13,0 Hundertstel aller Studierenden badischer Staatsangehörigkeit auf Hochschulen in Preußen; dann 8,6 Hundertstel in Bayern; 3,6 Hundertstel in Württemberg; 1,6 Hundertstel in Hessen; 1,3 Hundertstel in Sachsen und so weiter abwärts.

Für die Beurteilung Badens als Hochschulland ist davon auszugehen, daß unter der Gesamtstudientenzahl aller deutschen Hochschulen 4,1 Hundertstel Studierende badischer Staatsangehörigkeit sind. Dagegen nehmen die badischen Hochschulen 7,3 Hundertstel aller reichsdeutschen Studierenden auf. Es kommen auf 100 Studierende badischer Staatsangehörigkeit 178 Studierende an badischen Hochschulen. Unter jedem Hundert der Studierenden auf den Hochschulen Badens sind 39,5 Badener. Fast ebenso stark ist Preußen auf den badischen Hochschulen vertreten, wir haben unter jedem Hundert der Studierenden auf Badens Hochschulen 38,6 Preußen, sodann 8,1 Bayern, ferner 2,9 Württemberger; weiter 2,6 Hessen sowie 2,4 Sachsen und so weiter abwärts.

Was die einzelnen Hochschulen Badens angeht, so studieren unter jedem Hundert der Studierenden in Freiburg 26,2 Badener, neben 56,2 Preußen und 2,6 Bayern usw. in Heidelberg 43,9 Badener neben 28,2 Preußen und 13,4 Bayern usw. Es ist also sozusagen Heidelberg badischer als Freiburg und die bevorzugte badische Universität der Bayern, Freiburg dagegen die bevorzugte Universität der Preußen in Baden. Auf der Technischen Hochschule Karlsruhe sind unter jedem Hundert der Studierenden 65,7 Badener, dann 20,8 Preußen und 7,1 Bayern. Unter jedem Hundert Studierenden der Handelshochschule Mannheim finden wir 52,2 Badener, ferner 17,0 Preußen sowie 15,8 Bayern und 10,3 Württemberger, so daß Bayern und auch Württemberg, relativ gemessen nach der Bevölkerungszahl, in Mannheim trotz der eigenen bayerischen Handelshochschule Nürnberg stärker vertreten ist als das so viel größere Preußen.

Welche Hochschulgattungen besuchen und welche Studientypen studieren die Badener? Vom Hundert der badischen Studenten sind 71,8 auf Universitäten, dagegen vom Hundert aller reichsdeutschen Studierenden sind 76,1 auf Universitäten, der Besuch von Universitäten durch Badener ist also unterdurchschnittlich. Dagegen sind unter dem Hundert der badischen Studenten 20,7 auf Technischen Hochschulen, gegen 16,1 vom Hundert aller reichsdeutschen Studierenden, also der Betrieb der Technischen Wissenschaften ist bei den Badener überdurchschnittlich. Weiter sind vom Hundert der badischen Studenten 6,4 auf Handelshochschulen, gegen 2,5 vom Hundert sämtlicher reichsdeutscher Studierenden. Die Verhältniszahl für den Besuch der Handelshochschulen ist bei den Badenern weitaus die stärkste von allen deutschen Ländern; am nächsten kommt ihr die Verhältniszahl 2,9 in Sachsen; die Wirt-

schaftswissenschaften werden also in Baden verhältnis- mäßig am meisten von allen deutschen Ländern gepflegt. Dagegen liegt, um das als Gegenbild noch kurz zu erwä- hen, der Besuch von Bergakademien, Tierärztlichen Hoch- schulen, landwirtschaftlichen Hochschulen durch Badener unter dem Reichsdurchschnitt.

Dieses Bild von der besonderen Neigung der badischen Studierenden zu den großen Zweigen des Hochschul- studiums im Verhältnis zum Anteil der ganzen reichs- deutschen Studentenschaft an diesen Hochschulgattungen bzw. Wissenschaftszweigen sei noch vervollständigt für einzelne Studienfächer auf Universitäten und Technischen Hochschulen als den zwei Hauptarten der Hochschulen, indem wir die Beteiligung der badischen Studenten an diesen Studienfächern gegenüber der allgemeinen Betei- ligung aller deutschen Studierenden an ihnen kurz als überdurchschnittlich oder unterdurchschnittlich bezeichnen, als Durchschnitt oder unterdurchschnittlich bezeichnen, als Durchschnitt oder unterdurchschnittlich bezeichnen, als Durchschnitt oder unterdurchschnittlich bezeichnen, als Durchschnitt oder unterdurchschnittlich bezeichnen.

Unterdurchschnittlich werden von den Studierenden badischer Staatsangehörigkeit betrieben: Rechts- und Staatswissenschaft, Geschichte und Geographie, Mathe- matik und Physik, Landwirtschaft und Forstwirtschaft, Vermessungskunde, Bergbau und Marktscheiderei, Eisen- und Metallhüttenkunde, Pharmazie.

Überdurchschnittlich ist der Anteil der badischen Studie- renden an den Studienfächern: Katholische Theologie und Religionslehre, Chemie, Architektur, Bauingenieurwesen, Maschinen-, Elektro-, Fahrzeugbau-Ingenieurwesen. In anderen wichtigen Studienfächern, wie z. B. Medizin, Philologie bewegt sich die Beteiligung der Badener un- gefäh auf dem Reichsdurchschnitt.

Ausgewählte Nachrichten

Das deutsch-russische Abkommen. *Izvestia* veröffentlicht über das deutsch-russische Warenlieferungsabkommen einen großen Artikel, der auch den Industriellen anderer Länder empfiehlt, dem Beispiel Deutschlands zu folgen.

Die enteigneten Deutschen in Estland. Die estnische Regie- rung hat den Vorschlag der deutschen Regierung angenommen, wonach die Frage der Entschädigung der deutschen Gutsbesitzer, die feinerzeit für Deutschland optierten und deren Güter in Estland enteignet wurden, einer deutsch-estnischen Vergleichs- kommission unterbreitet werden soll.

Wiederaufrollung des Kautzler-Prozesses? Gegen den be- kannten Berliner Justizrat Werthauer hatte der Bürgerdirektor Rachmann die Beschuldigung erhoben, daß Werthauer sich der Teilnahme an dem Betrug Kautzlers gegen die Staatskasse schuldig gemacht habe. Auf eine Zivilklage Werthauers auf Unterlassung dieser Behauptungen hat das Berliner Kammer- gericht Rachmann anheimgelassen, den Wahrheitsbeweis anzutreten und beschloffen, zur Aufklärung des Sachverhalts die Akten aus dem Kautzlerprozeß anzufordern.

Die Präsidentenwahl in Frankreich. Ministerpräsident Ra- bal soll beabsichtigen, den 18. Mai für den Zusammentritt der Nationalversammlung, die die Wahl des Präsidenten der Repu- blik vorzuschlagen.

Derrot wieder Bürgermeister von Lyon. Herriot wurde am Sonntag bei der durch seinen Rücktritt notwendig gewor- denen Neuwahl erneut zum Bürgermeister von Lyon gewählt. Auch die drei Adjunkten des Bürgermeisters, die gewählt wurden, sind sämtlich Radikale.

Die Olympischen Spiele 1936. In Barcelona setzte das Internationale Olympische Komitee seine Beratungen über die Vergebung der Olympischen Spiele für 1936 fort. Da Rom und Budapest auf ihre Kandidatur verzichtet haben, liegt die Entscheidung zwischen Berlin und Barcelona. Die Abstim- mung wurde geheim durchgeführt und die auf der Tagung in Barcelona nicht vertretenen Staaten sollen ihre Stimmen noch schriftlich abgeben. Die Abstimmungszettel werden erst in etwa 14 Tagen geprüft und gezählt werden.

Der Kaffeler Segelflieger, Polizeioberleutnant Deutschel, hat auf dem Dörnberg mit einem Segelflug von 11 Stunden 1 Minute nicht nur den von ihm selbst aufgestellten Dörnberg- rekord um 5 Stunden 6 Minuten überboten, sondern auch den Rekord der Wassertruppe, der bisher 9 Stunden 21 Minuten betrug. Der Flieger hat teilweise eine Höhe von 900 bis 1000 Meter erreicht.

Die deutsche Afrikafliegerin Elly Beinhorn ist am Samstag- nachmittag von Algier nach Tunis geflogen. Dort startete sie am Sonntagmorgen nach Sizilien und landete in Catania. Sie will heute nach Rom weiterfliegen. Mit ihrem Eintreffen in Deutschland ist im Laufe der Woche zu rechnen.

Der Schiller-Biograph Karl Berger 70 Jahre alt. Prof. Dr. h. c. Karl Berger in Vörsach vollendet am heutigen 27. April sein 70. Lebensjahr. Er ist weiten Kreisen unseres Volkes durch seine große Schiller-Biographie bekannt geworden, die zusammen mit der Goethe-Biographie Bielschowskys als die beiden Standardwerke des deutschen Volkes über das große Klassikerpaar zu gelten haben. Berger wurde in Osthofen bei Mainz geboren, wurde zunächst Kaufmann und studierte spä- ter Philologie. Lange Jahre war er Gymnasialprofessor in Darmstadt. Die heftigste Landesuniversität Gießen verlieh ihm wegen seiner großen Verdienste um die deutsche Klassik den Dr. h. c. Seit einer Reihe von Jahren lebt Prof. Berger in Vörsach im Ruhestand.

Bermann Burte nimmt dies zum Anlaß, um Karl Bergers Bedeutung für das deutsche Volk zu würdigen. In längeren Ausführungen schreibt er u. a.: „Der „Schiller-Berger“, so hießen Sie, und in der Tat, Sie sind der, nicht ein Biograph Schillers geworden und geblieben. Sie haben Schiller als einen Sohn des Volkes gesehen, der aus dererbter, erworbenem und durch männlichen Willen und sittliche Reife gesteigerter Kraft emporkam zu dem, was er ist, der volkstümliche, deutsche Dichter. Das Schicksal hat Ihr Buch in einer Zeit aufzutreten lassen, wo Schillers Glanz zu verdämmen schien. Man rühmte Goethes hohen Namen, aber nur, um nicht Schiller sagen zu müssen. Keller wollte einmal, wie er sagte, eine Verschwörung stiften, um die hässliche Herabsetzung Schillers zugunsten Goethes zu betreiben. Und Spitteler, der Aufkammer dieser aller, hat in seinen „Nachenden Wahrheiten“ eine so geist- volle großartige Verherrlichung Schillers gegeben, daß ihm alle sonstige Rede verziehen sei. Es bleibt Ihnen immer der stolze Gedanke und männliche Trost, Ihre Kraft an einen herrlichen Stoff gewendet, und einen Schatz des Wahren, Guten und Schönen auch für die Zukunft gehäuft zu haben.“

Die Spionage vom Leunawerk

Material an Frankreich geliefert

Der Oberreichsanwalt in Leipzig hat gegen den Händler Beder, den Oekonomieverwalter Amann, die Frau Beters und den Gefreiten im 8. Reiterregiment, Voltrath in Demmin, so- wie gegen fünf andere Personen Anklage wegen Spionage und Betrags militärischer Geheimnisse erhoben. Der Prozeß vor dem Reichsgericht dürfte im Juni stattfinden.

Der Hauptangeklagte Beder, der in Weissenfels in un- mittelbarer Nähe der Leunawerke wohnte, hat der französi- schen Spionagezentrale in Straßburg Betriebsgeheimnisse der Leunawerke verschafft, und zwar mit Hilfe seiner Frau, die als Aufwärterin bei den Leunawerken tätig war. Der Oeko- nomieverwalter Amann, der sich gleichfalls zum Zweck der Spio- nage bei den Leunawerken in Weissenfels angesiedelt hatte, un- terstützte nicht nur Beder bei seiner Spionage, sondern nutzte auch seine verwandtschaftlichen Beziehungen zu dem Reichsmehrheitskandidaten Voltrath dazu aus, diesen zur Preisgabe von Dingen zu bewegen, die im Interesse der Landesverteidi- gung geheimgehalten werden mußten.

Die Werkspionage bei der S. G. Farben

EMM. Berlin, 27. April. (Priv.-Tel.) Die vor kurzem auf- gedachte Werkspionage bei den S. G. Farben zieht, den Blät- tern zufolge, immer weitere Verhaftungen nach sich. Außer den bisher schon verhafteten Personen sind weitere fünf im Leunawerk bei Merseburg beschäftigte Arbeiter festgenommen worden, ferner ein leitender Ingenieur der Humboldt- Deutscher-Motoren-WG. in Köln. Weiter wurden im Auf- trage des Oberreichsanwalts kommunistische Funktionäre in Hamburg und Offen, die gleichfalls im Dienste der Berliner Spionagezentrale standen, verhaftet. Die Gesamtzahl der bis- her festgenommenen Personen beträgt über 20.

Das Gutachten über die Danziger Hafenanfrage

EMM. Genf, 27. April. (Tel.) Das Gutachten des Juris- tenkomitees des Völkerbundes über die polnische Seehafen- politik in Danzig und Gdingen, wird veröffentlicht. Es glied- ert sich in einen Mehrheitsbericht und einen Minderheitsber- richt. Die Mehrheit, Fischer-Williams (England) und Gottie (Belgien), ist der Ansicht, daß die angelegene Entscheidung vom 15. August 1921, betr. Ausnützung des Hafens in Dan- zig durch Polen, eine juristische Verpflichtung, die in keiner Weise eingeschränkt sei, und nicht etwa eine bloße Empfeh- lung darstelle. Raastad (Norwegen) ist gleichfalls der Mei- nung, daß diese Bestimmung über die Bedeutung einer blo- ßen Empfehlung hinausgehe, daß sie aber lediglich eine Ver- pflichtung für beide Parteien darstelle, vertragliche Abmachun- gen über die Hafenanfrage zu schließen.

Stadtratswahlen in Odruf. Am Sonntag wurden in Odruf (Thüringen) die Wahlen für den aufgelösten Stadtrat vorgenommen, die infolge von besonderem Interesse sind, als sie die ersten Wahlen unter der neuen Regierung ohne Natio- nalsocialisten sind. Von 4587 Wahlberechtigten haben etwa 86 Prozent abgestimmt. Die Nationalsozialisten erhielten 1247 Stimmen und 5 Sitze (bisher 4), die Kommunisten (S. Internationale) 816 Stimmen und 3 Sitze (3), die Kom- munistische Opposition 464 Stimmen und 2 Sitze (2), die Sozialdemokratische Partei 439 Stimmen und 1 Sitz (1), die Liste Köhne (Wirtschaftsp.) 448 Stimmen und 1 Sitz (1), Vereinigte Odrufener Bürgerparteien 394 Stimmen und 1 Sitz (0).

Flugpostverkehr zwischen England und Australien. Am Samstag startete in Oropdon bei London das zweite Postflug- zeug, ein 9-Tonnen-Flugzeug der Firma Armstrong Siedel zu einem Versuchsfahrt England-Australien. Das Postflug- zeug hat 50 000 Briefe für Australien, Indien und Zentral- afrika an Bord. Es soll am Sonntag, den 10. Mai, in Port Darwin eintreffen.

Kleine Chronik

Der Kassier der Zentral-Krankengeldversicherung der katho- lischen Arbeitervereine Deutschlands, deren Geschäftsstelle sich in Düsseldorf befindet, hat sich, wie der „Düsseldorfer Stadt- anzeiger“ berichtet, erheblicher Unterschleife schuldig gemacht. Die Kasse soll um etwa 45 000 bis 50 000 M. geschädigt sein. Die Veruntreuungen reichen bis ins Jahr 1924 zurück. Der Kassier waltete bereits seit 25 Jahren seines Amtes und ge- noß unbeschränktes Vertrauen.

Zwei Polen wurden in Berlin vom Schnellgericht wegen Betrugs zu je 1 Woche Gefängnis verurteilt. Sie hatten sich in Wagen der Reichsbahn eingeschlichen und waren auf der Suche eines D-Zuges von Polen nach Berlin gekommen, um der polnischen Militärdienstpflicht zu entgehen. Wegen Raub- bergehens und Betrugs an der Reichsbahn hatten sie sich jetzt zu verantworten.

Durch einen unglücklichen Zufall kam heute nacht in Deutsch-Oslau (Ostpr.) der Tierärztliche Inspektor Karl Freiberger ums Leben. Er wurde zusammen mit zwei Begleitern von einem Polizeibeamten aufgefordert, ihn zur Feststellung der Personalien zur Polizei zu begleiten, widersetzte sich aber der Aufforderung. Am den Angreifer abzuwehren, zog der Be- amte die Pistole, erhielt aber von einem der Begleiter des Freiberger einen Schlag auf den Arm, was die Auslösung eines Schusses zur Folge hatte. Freiberger wurde dabei in die Stirn getroffen.

Im Stationsgebäude von Pöbbröns (Polen) hat Sonntag nacht ein unbekannter Terrorist eine Handgranate in den Wartesaal geworfen. Die Granate geriet einen Lokomotiv- führer. Wenige Sekunden später flog durch das Fenster eine zweite Granate, die gleichfalls explodierte und bedeutenden Schaden anrichtete.

Die Überschwemmung im Dünagebiet hat geradezu katastro- phale Formen angenommen. Oberhalb Dünaburg hat der Wasserstand der Düna mit 9,8 Metern über normal sein höch- stes Niveau seit einem halben Jahrhundert erreicht. Im Städtchen Kraslawka reicht das Wasser bei vielen Häusern bis an die Dächer. Das Elektrizitätswerk ist stillgelegt wor- den. — Die große Überschwemmung im Wilnaer Land hat ihren Höhepunkt überschritten.

In den Geschäftsräumen einer Londoner Kunstoffirma wurde ein Einbruch verübt, bei dem die Diebe mit Gemälden und Kunstgegenständen, deren Gesamtwert mit über 540 000 M. angegeben wird, entliefen. Die Diebe entwendeten ferner eine größere Anzahl seltener persischer Teppiche.

Im New-Yorker Hafen wurde auf einem Dampfer Mor- phium im Werte von einer halben Million Dollar beschlag- nahmt.

Jack Diamond, der berüchtigte Vandalenführer, der erst am 22. April gegen Bürgerschaft von 20 000 Dollars aus dem Gefängnis von Loncalde entlassen worden ist, wurde heute, Mon- tag, früh in einer Landkutsche bei Kairo (bei New York) durch Revolverkugeln schwer verletzt. Man hat ihn nach dem Kran- kenhaus von Albany gebracht.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Die nächste Vollziehung

Die nächste Vollziehung des Badischen Landtags am Mittwoch, 29. April, nachmittags 14 Uhr, hat folgende Tagesordnung: 1. Bekanntgabe der Eingänge. 2. Zweite Beratung über den Gesetzentwurf zur Änderung des Einführungsgesetzes zu den Reichsjustizgesetzen und anderer Gesetze. 3. Begründung und Beantwortung der förmlichen Anfrage der Abg. Köhler u. Gen., Ernennung des Privatdozenten Dr. Gumbel zum außerordentlichen Professor an der Universität Heidelberg. 4. Mündlicher Bericht des Ausschusses für Rechtspflege und Verwaltung und Beratung über den Antrag der Abg. Kraft u. Gen., Schächten von Tieren, und das Gesetz des Ober- rats der Israeliten Badens und der Israelitischen Religions- gesellschaft Karlsruhe im gleichen Betreff, und damit in Ver- bindung: Begründung und Beantwortung der förmlichen An- frage der Abg. Kraft u. Gen., Handel mit Vieh an der badisch-bayerischen Grenze und dadurch bedingte Gefahr der Ausbreitung der Maul- und Klauenseuche. 5. Bericht des Ge- schäftsausschusses und Beratung über die Nach- richtung über die Erledigung der vom Landtag 1929/30 ange- nommenen Anträge. 6. Mündlicher Bericht des Geschäftsaus- schusses und Beratung über die Denkschrift des Herrn Fi- nanzministers über die Lage der Privatbahnen in Baden, und damit in Verbindung: das Gesetz der Niedergemeinden, Rechtshilfe für den Fuhrunternehmer A. Welz in Weissenheim.

Der Besuch der badischen Hoch- schulen im Wintersemester 1930/31

Im Wintersemester 1930/31 wurde die Universität Heidel- berg von 3079 Studierenden besucht. Davon waren 1536 Ba- dener, 1406 andere Deutsche und 139 Reichsausländer. Dabei betrug die Zahl der weiblichen Studierenden 593 (286 Ba- dener, 276 andere Deutsche und 31 Reichsausländer). Hinzu kommen 259 Hörer, darunter 84 Hörerinnen. Es zählten: die theologische Fakultät 225 Stud. (9 weibl.), davon 143 Ba- dener, 78 andere Deutsche, 4 Reichsausl., die rechts- und staats- wissenschaftliche Fakultät 601 Stud. (40 weibl.), davon 339 Badener, 247 andere Deutsche, 15 Reichsausl., die medizinische Fakultät 1001 Stud. (211 weibl.), davon 377 Badener, 581 andere Deutsche, 43 Reichsausl., die philosophische Fakultät 811 Stud. (245 weibl.), davon 405 Badener, 338 andere Deutsche, 68 Reichsausl., die naturwiss.-mathematische Fakul- tät 441 Stud. (88 weibl.), davon 271 Badener, 161 andere Deutsche, 9 Reichsausl.

Die Universität Freiburg wurde im Wintersemester 1930/31 von insgesamt 3397 immatrikulierten Studierenden besucht. 1027 waren Badener, 2231 andere Deutsche, 139 Reichsaus- länder. Die Zahl der weiblichen Studierenden betrug 754, davon 170 aus Baden, 547 aus dem übrigen Deutschland und 37 aus dem Auslande. An Hörern kommen hinzu 210, davon 82 weiblich. Auf die Fakultäten verteilt, ergibt sich folgende Besuchsziffer: Theologie 239, davon 171 Badener, 61 andere Deutsche, 7 Reichsausl.; Rechts- und Staatswis- senschaft 707 (90 weibl.), davon 166 Badener, 518 andere Deutsche, 23 Reichsausl.; Medizin 1224 (296 weibl.), davon 224 Badener, 951 andere Deutsche, 49 Reichsausl.; Philo- sophie 644 (241 weibl.), davon 263 Badener, 343 andere Deut- sche, 38 Reichsausl.; Naturwissenschaft und Mathematik 583 (127 weibl.), davon 203 Badener, 358 andere Deutsche, 22 Reichsausländer.

Die Technische Hochschule Karlsruhe hatte im Wintersem- ester 1930/31 in sämtlichen Abteilungen zusammen 1303 Stu- dierende aufgenommen, darunter 21 weibliche Studenten. Es kommen noch 29 außerordentliche Studierende hinzu, ferner 257 Hörer, darunter 111 Hörerinnen. Die einzelnen Abtei- lungen zeigten folgenden Besuch: Mathematik und allgemein- bildende Fächer: 61 Stud. (11 weibl.), davon 55 Badener, 3 andere Deutsche, 3 Reichsausl.; Architektur: 224 Stud. (7 weibl.), davon 151 Badener, 61 andere Deutsche, 12 Reichs- ausländer, dazu noch 8 außerordentliche Studenten, darunter 7 Badener; Bauingenieurwesen 238, davon 141 Badener, 72 andere Deutsche, 25 Reichsausländer, dazu noch 5 außerordentl. Studierende (dabei 3 Badener); Maschinenwesen: 406 Stu- denten, davon 208 Badener, 157 andere Deutsche, 41 Reichs- ausländer, dazu noch 12 außerordentliche Studierende (hier- von 5 Badener); Elektrotechnik: 252 Studierende, davon 133 Badener, 88 andere Deutsche, 31 Reichsausländer, dazu noch 3 außerordentliche Studierende (2 Badener); Chemie: 122 Studenten (3 weibl.), davon 55 Badener, 30 andere Deutsche, 37 Reichsausländer, dazu noch 1 außerordentl. Student (Aus- länder).

Die Handelshochschule Mannheim zählte im Wintersemester 1930/31 zusammen 544 Studierende der Wirtschaftswissen- schaften. Hierunter befinden sich 61 weibliche Studierende. Aus Baden stammten 278 Besucher, während 262 auf das übrige Deutschland und 14 auf das Ausland entfielen. In- sgesamt zählte man 773 Hörer, davon 228 weiblich.

Entwurf eines Ausführungsgesetzes zu § 22 des Grundbuchvereinigungs- gesetzes

Das badische Staatsministerium hat dem Landtag soeben den Entwurf eines Ausführungsgesetzes zu § 22 des Reichs- gesetzes über die Vereinigung der Grundbücher zugehen lassen. Nach diesem § 22 kann die Landesgesetzgebung anordnen, daß Eintragungen über Rechte, auch sofern sie nicht von der Aufwertung betroffen sind, von Amts wegen gelöscht werden können, wenn festgestellt ist, daß sie gegenstandslos geworden sind. Von dieser reichsgesetzlichen Ermächtigung soll durch den vorliegenden Gesetzentwurf Gebrauch gemacht werden. In den Grundbüchern befinden sich zahlreiche Eintragungen, die sich auf nicht entstandene oder nicht mehr bestehende Rechte be- ziehen. Auch sind häufig noch Rechte eingetragen, deren Aus- übung aus tatsächlichen Gründen dauernd unmöglich ist. Im Interesse der Klarheit und Übersichtlichkeit der Grundbücher soll nun die Möglichkeit geschaffen werden, alle diese Eintra- gungen gegenstandslos zu machen, die nach geltendem Recht nur auf Antrag gelöscht werden können, künftig auch ohne Antrag aus den Grundbüchern zu entfernen.

§ 1 des Entwurfs enthält eine nähere Erläuterung des Be- griffs der Gegenstandslosigkeit in dem oben angegebenen Sinn. In § 3 sind die Voraussetzungen, unter welchen die Löschung gegenstandsloser Rechte erfolgen kann, im einzelnen bestimmt. Für das Verfahren sollen grundsätzlich dieselben Bestimmungen gelten, die auch sonst für das Verfahren in Grundbuch- sachen maßgebend sind. Gemisse Abweichungen, die sich aus der Besonderheit des Verfahrens notwendigerweise ergeben, sind in den §§ 4-6 vorgesehen. Dabei ist auch, um jeden vielleicht möglichen Zweifel auszuschließen, § 12 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit ausdrück- lich für anwendbar erklärt. Mit Rücksicht darauf, daß die Be- seitigung der gegenstandslosen Eintragungen nicht nur im In-

teresse der Beteiligten, sondern auch im allgemeinen Interesse, insbesondere zur Entlastung der Grundbuchämter erfolgt, ist für das Verfahren erster Instanz einschließlich der dabei erfolgten Beurteilungen und Verfügungen für den Regelfall Gebührenfrei vorgezogen.

Wirtschaft und Güterverkehr

Am 23. d. M. fand im großen Saale der Handelskammer Karlsruhe die diesjährige Aussprache der Reichsbahndirektionen Karlsruhe und Stuttgart mit den Verkehrsinteressenten Badens und Württembergs über die voraussichtliche Entwicklung des Güterverkehrs im Jahre 1931 statt. Den Vorsitz führte der Präsident der Reichsbahndirektion Karlsruhe. Die Verkehrsstreitenden beider Länder waren zahlreich erschienen. Leider wurde die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Lage im allgemeinen wenig günstig beurteilt, so daß in diesem Jahre mit einer Steigerung des Güterverkehrs gegenüber dem Vorjahre kaum zu rechnen sein wird.

Diese Aussprachen finden alljährlich abwechselnd in Karlsruhe und Stuttgart statt und bieten den Verkehrsstreitenden Gelegenheit, gleichzeitig mit der Berichterstattung über die Konjunktur auch Wünsche beförderungsdienstlicher Art zur Sprache zu bringen.

Tagung des badischen Einzelhandels

Am 24., 25. und 26. April fand in Forstheim bei gutem Besuche die 12. Jahreshauptversammlung der Landeszentrale des badischen Einzelhandels statt.

In der Präsidialkonferenz und in der sich daran anschließenden Sitzung des Gesamtlandesvorstandes am Freitag wurden in erster Linie Organisationsangelegenheiten erledigt, während die Sachgruppen sich in der Hauptsache mit rein sachlichen Fragen beschäftigten, wobei die Sachgruppe für Lebensmittel, Feinstoff und Drogen sich gegen die Markenartikel-fabrikanten und gegen das Zugabewesen aussprach. Von den maßgebenden Stellen wird ein gefälliges Zugabewort verlangt.

Am Sonntagvormittag folgte die 12. ordentliche Jahreshauptversammlung, die Präsident Müller eröffnete. Anwesend waren v. a. Landtagsabgeordneter Graf, Achern, und Vertreter der verschiedenen Verbände Hessen und Pfalz.

Anschließend erstattete Verbandsdirektor Steinel, Karlsruhe, einen ausführlichen Geschäftsbericht. Das Geschäftsjahr 1930 gehörte nach jeder Richtung hin zu den schlechtesten Jahren, die der Einzelhandel je durchzumachen hatte, und dementsprechend seien auch die Aufgaben der Organisation gewachsen. Der Redner fasste die zu den aktuellen Fragen des Einzelhandels zu stellenden Forderungen in einer Entschlüsselung zusammen, die einstimmig angenommen wurde.

Es heißt darin u. a.: Die Jahreshaupttagung des badischen Einzelhandels richtet angesichts der unerträglichen Lage ihres Landes an die Reichs- und Länderregierungen, Parlamente und Gemeindevertretung die dringende Bitte, von den grundsätzlichen Erwägungen über die Möglichkeit einer Herabsetzung der öffentlichen Belastungen zur praktischen Tat überzugehen. Der Einzelhandel verlangt vor allem durchgreifende Ermäßigung der Steuern, alsbaldige Durchführung der Finanzreform, und fordert weiter, daß auch die Belastungen durch Tarife und Gebühren der öffentlichen Verkehrsanstalten gesenkt werden, damit ein Ausgleich der allgemeinen Lasten stattfinden kann. Er fordert Einschränkung des Kaufkrafthandels und gründliche Reform des Gesetzes gegen unlauteren Wettbewerb. Bei den in Vorbereitung befindlichen Gesetzen fordert der Einzelhandel verständnisvolle Berücksichtigung der Eigenart seines Berufes und seiner gegenwärtigen schwierigen Lage. Weiter richtet sich die Entschlüsselung gegen die Doppelverdienerei.

Der Geschäftsbericht fand darauf ohne große Debatte Zustimmung, ebenso der Kopfenbericht. Nach einem angenommenen Antrag soll die Jahreshauptversammlung nur noch alle zwei Jahre stattfinden. — Bei den Wahlen wurde der bisherige Präsident, Adolf Müller, einstimmig wiedergewählt. Die nächste Generalversammlung findet in Konstanz statt.

Die Selbstmorde der Nachkriegszeit in Baden

Dr. W. Bogelsang vom badischen Statistischen Landesamt veröffentlicht in den „Sozialhygienischen Mitteilungen“, Jahrgang 15 (1931), Heft 1 eine Abhandlung, in der er die Ursachen der großen Selbstmordhäufigkeit in der Nachkriegszeit aufzuzeigen versucht. Der Verfasser kommt zu dem Schluss, daß in erster Linie die verschiedenen Wirtschaftskrisen des letzten Jahrzehnts steigende Selbstmordziffern im Gefolge gehabt haben, und daß es neuerdings die im erwerbstätigen Alter stehende Bevölkerung ist, in der sich die Zahl der Selbstmorde ganz bedeutend häuft. Auch wird im Gegensatz zu früheren Zeiten eine zunehmende Selbstmordneigung unter den Familienvätern festgestellt.

Interessant ist ferner der in der Abhandlung aufgezeigte Zusammenhang zwischen Selbstmordhäufigkeit und Konfessionszugehörigkeit. Trotzdem die Evangelischen gegenüber den Katholiken in der badischen Bevölkerung in der Minderzahl sind, ist der Anteil der Selbstmörder evangelischer Konfession an der Gesamtzahl der Selbstmorde größer als der der Selbstmörder katholischer Konfession. Merkwürdigerweise zeigt jedoch der Anteil der evangelischen Selbstmörder eine fallende Tendenz, der der katholischen Selbstmörder eine steigende Tendenz.

Internationale Lachskonferenz

Verdächtig wird mitgeteilt, daß von der Internationalen Lachskonferenz am 15. April in Freiburg der Beginn der Lachschöder-Fischerei für das ganze Rheingebiet auf den 25. Mai festgelegt wurde.

Aus der badischen Industrie

Aus der nordbadischen Zigarrenindustrie. Die Zigarrenfabrik Gerstried in Forst bei Bruchsal, die Ende letzten Monats ihre Arbeiter entlassen hatte, hat ihren Betrieb zum Teil wieder aufgenommen, und stellt wieder eine Anzahl Leute ein. Die Firma C. Reis, Bruchsal, gibt ihren Forster Filialbetrieb im Gasthaus „zur Rose“ auf; dafür kommt aber die Firma Neuhaus, Schwetzingen, um im gleichen Haus ihren Betrieb zu eröffnen. Wie man hört, stellt diese Firma 120 Arbeiter ein. Ausdehnung der Zigarrenfabrikation in Eugen. Das schon seit einiger Zeit leerstehende Schieferische Fabrikgebäude in Eugen ist nunmehr in den Besitz der Schweizer Zigarrenfabrik Raus & Co. übergegangen, die bereits am Ort eine Fabrik niederlassen wollte. Die Firma wird Mitte Mai in das neue Gebäude überziehen und wird ihren Betrieb erweitern können. Im Laufe der Zeit werden neben den bisher beschäftigten 50 Arbeitern noch weitere 100 Arbeitskräfte Beschäftigung finden.

Tagungen

Tagung des DGB. Am 6. und 7. Juni findet in Forstheim der diesjährige Gau-tag des Gau-s Südwest in der Deutschen Handlungsbüroverband statt. Für Sonntag, den 7. Juni, ist eine große Rundgebung vorgezogen.

Der Badische Grundbesitzerverband hat seine ursprüngliche auf den 29. April 1931 nach Karlsruhe anberaumte Hauptversammlung auf Montag, den 4. Mai, verlegt.

Gemeinderundschau

Wünsche der Gemeinden des Kreises Karlsruhe

Am Samstag kamen im Rathaussaal in Karlsruhe die Gemeindevorsteher des Kreises Karlsruhe zusammen, um zu den brennendsten Tagesfragen der Gemeinden Stellung zu nehmen. Der Vorsitzende der Versammlung, Bürgermeister Menges von Gernsbach, hielt einen einleitenden Vortrag.

Aus der Besprechung ergab sich, daß die finanzielle Lage vieler Gemeinden durch die übermäßige Belastung des Fürsorgewesens trostlos ist. Eine Überwindung der größten Not könne nur erreicht werden durch einen gerechteren Lastenausgleich, wenn Reich und Staat ihrer eigentlichen Aufgabe entsprechend, sich in erheblichem Umfang an den Lasten der Wohlfahrts-erwerblosen beteiligen, durch Übertragung der gehobenen Fürsorge (mit Ausnahme der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenenfürsorge) auf die Gemeinden, durch eine Entlastung der kleinen Gemeinden an den Kreisstrahenaufwendungen, u. a. m. Den Bestrebungen nach Bekämpfung und Beseitigung der kleinen Sparlasten soll entgegengetreten und die Einführung der Gefahrenklasse in der Gebäudeversicherung bekämpft werden. Der Verband erstrebt eine stärkere Beteiligung der Gemeinden an der Gesetzgebung an. Das dringendste Verlangen der Landbevölkerung gehe auf ein größeres Verständnis und einen Ausgleich der Interessen.

Bürgermeisterwahlen. In Ebingen bei Schwetzingen verlief die am Mittwoch vorgenommene Bürgermeisterwahl ergebnislos. — In Ruchbach bei Triberg, wird die Bürgermeisterwahl, bei der der 29 Jahre alte frühere Profurstift Seid mit sechs Stimmen Mehrheit als gewählt herborzog, angefochten werden, weil angeblich unzulässige Agitation getrieben worden war. Der Bezirksrat hat nunmehr die Einsprache verworfen und die Wahl Heids bestätigt. Es konnte nichts Regelwidriges im Verlauf der Wahlhandlung nachgewiesen werden.

Zuschuß an den Badischen Nennverein Mannheim. Der Stadtrat Mannheim beschloß, dem Badischen Nennverein Mannheim für das Rechnungsjahr 1930 einen städtischen Zuschuß von 6000 M aus der Rücklage 1930 zu bewilligen. Aus diesem Betrag sind die rückständigen Vergütungsteuern aus dem Mairennen 1930 mit 1283 M zu deduzieren. — Der Bürgerausschuß soll am 6. Mai seine Zustimmung erteilen.

Aus der Landeshauptstadt

Das „Volkstreu“-Jubiläum. Das 50jährige Bestehen des Karlsruher „Volkstreu“ wurde von der Sozialdemokratischen Partei der Landeshauptstadt und Mittelbadens in schlichter, würdiger Weise durch einen Festakt begangen, der am Sonntagabend im vollbesetzten großen Festsaal stattfand. Von führenden Männern der Partei bemerkte man u. a. den Minister Dr. Knepper, den Präsidenten des Landesparlamentes für Hessen-Nassau und früheren badischen Minister Dr. Engler, den Präsidenten der Landesversicherungsanstalt Baden, Rausch, den Reichstagsabgeordneten Marum und den Landesvorstehenden Landtagsabgeordneten Reinhold, Mannheim. Das Ministerium des Innern war durch den Ministerialrat Dr. Bard, die Stadtverwaltung durch Oberbürgermeister Dr. Jinter vertreten. Nach Orgelpiel und einem Vortrag des Arbeiterjugendrats hieß der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Stadtrat Töpfer, die Ehrengäste und Parteigenossen herzlich willkommen, worauf der Chefredakteur des feiernden Blattes, Reichstagsabgeordneter Schafflin, das Wort zur Feiertage nahm. Er warf einen Rückblick auf die Geschichte und Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei und Preße in den letzten 50 Jahren. Dann folgten Vorträge der Volkskingsakademie unter der bewährten Leitung des Kapellmeisters Dr. Heinz Anstl und zum Schluß ein Sprech- und Bewegungsschor.

Der Reichspostminister an den Präsidenten Laemmlein. Nachdem der Präsident der Oberpostdirektion Karlsruhe, Laemmlein, am 8. April 1931 das 65. Lebensjahr vollendet hat, tritt er gemäß § 60a des Reichsbeamtengesetzes mit Ablauf des 31. Juli 1931 in den Ruhestand. Der Reichspräsident hat ihm durch Urkunde vom 21. April 1931 die Entlassung aus dem Reichsdienste bewilligt. Außerdem hat der Reichspostminister ihm ein Handschreiben zugesandt, in dem mitgeteilt wird, daß der Reichspräsident in der Urkunde vom 21. April 1931 dem Präsidenten Laemmlein seine besten Wünsche sowie Dank und Anerkennung ausgesprochen hat. Auch der Minister spricht ihm aus diesem Anlaß namens der Deutschen Reichspost für die in langjähriger hingebender Pflichterfüllung geleisteten hervorragenden Dienste Dank und Anerkennung aus.

Colosseumtheater. Noch immer verbleibt das große Zauber-Künstler Kahrer Gastspiel allabendlich ein zahlreiches Publikum in höchste Spannung und Fragen nach dem „Was“ und „Wie“ seiner verblüffenden Tricks wollen nicht verstummen. Aber kein Interview wird je ihre Verantwortung erzwingen: Jede Einzelheit ist erst recht das Ganze nur eben sein Geheimnis bleiben, weil er davon lebt, gratis darf er schon gar nichts (oder höchstens einmal in Vorform an Stammsitzgelehrte) davon verstreuen. Dagegen entfaltet er mit seiner stupenden Überlegenheit stets aufs neue stürmischste Diskussionen über all das rätselhafte Geschehen, ja die unheimliche Ruhe, mit der, ohne eine Gesichtsfalte zu verziehen, er arbeitet, macht die Existenz von wirklicher Magie für manchen zweifellos noch glaubhafter. Vielleicht ist sogar sein Impresario durchaus dieser Meinung, obwohl sein kundiges Auge eigentlich beraten könnte, wie nun zum Beispiel das merkwürdige Verschwinden eines ausgewaschenen Elefanten zu erklären ist. Doch auch der will den Theaterbesuchern, den Kahrers Truppe überall aufstellt, wohl kaum gefährden, und um ein paar andere Nummern noch auf Geratewohl herauszuweisen, auch niemand wird so schnell von ihm erfahren, auf welche Weise die Zaubertränke etwa gehandhabt wird oder die mysteriöse Manipulation mit der schwebenden Dame zustande kommt. Jedenfalls sollte keiner die wenigen Tage, an denen noch Kahrers Bild an den hiesigen Bühnen prägnant, es verflümmen, ihm genau auf die Finger zu guden. Ich fürchte allerdings, er wird wie alle bisherigen Besucher die Kunstfertigkeiten zwar gebührend bestaunen müssen, aber deren sensationelle Vorführung höchstens durch gewagteste Hypothesen definieren können. S. Sch.

Verloren — Gefunden. Ein Arzt von hier erstattete die Anzeige, daß ihm ein goldener Perzentring mit Brillant im Werte von etwa 2000 RM, auf bis jetzt ungeläuter Weise abhandeln gekommen sei. — Die kürzlich von einem Kraftfahrer auf der Strecke Durlach-Bruchsal mit etwa 3800 RM Inventar verlorene Altkarte wurde zwischen Durlach und Weingarten gefunden und dem Verlierer wieder zugestellt.

Badisches Landesheuteater. In der am Dienstag, dem 28. April, stattfindenden erstmaligen Aufführung der Operette „Victoria und ihr Gatte“ werden neben den Trägern der beiden Titelpartien: Emmy Seiberlich und Wilhelm Rentwig, in den übrigen wichtigen Aufgaben noch die Damen Fischbach und Jentl und die Herren Gospatz, Kiefer, Kloeble, Böser, Müller und Ritter mit. — Die Länge sind von Harald Josef Fürstenauf einstudiert. — Die Bühnenbilder war Lorien Secht bemüht, für die Kostüme sorgte Marianne Schellenberg.

Bergegen gegen die Notverordnung. Ein Student von hier wurde festgenommen und in das Bezirksgefängnis eingeliefert, weil er in der Altstadt mit einer geladenen Schußwaffe zwei Personen bedroht hatte.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Montag morgen: Von der Rückseite der noch immer bei England liegenden und sich jetzt langsam auffüllenden Zyklone hat am Samstagabend kühlere ozeanische Luft unser Gebiet erreicht und unter stark aufsteigenden Südwestwinden verbreitete Regenschauer gebracht. Seit dem Durchzug dieser Front hatten wir den Sonntag über anhaltend unbeständiges Wetter. Zwei weitere Fronten zogen von Regenschauern und stellenweise auch von Gewittern begleitet, Sonntag nachmittag über unser Gebiet. Nach der allgemeinen Wetterlage ist auch für morgen noch unbeständiges Wetter zu erwarten. Voraussage: Fortdauer der unbeständigen Witterung, zeitweise noch leichtere Regenschauer, allmählich abflauende Winde.

Wasserkände: Badstut 276 un verändert, Basel 100 plus 11, Schaffhausen 160 plus 13, Rehl 208 plus 11, Maxau 405 plus 5, Mannheim 359 minus 3, Caub über 200 Zentimeter.

Kurze Nachrichten aus Baden

Spd. Mannheim, 26. April. Am Sonntagmittag unternahm die Mannheimer S.-A. Abteilung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei unter Vorantritt einer Musikkapelle einen Propagandamarsch durch die Stadt Mannheim zum Wasserturn, wo die Kapelle ein Bläserkonzert, hauptsächlich mit historischen Märschen, gab. Die Polizei hatte vorzugslos halber die Straßenposten verstärkt, doch kam es nicht zu Zwischenfällen.

Mannheim, 27. April. Im benachbarten Altrip gab am Sonntagnachmittag, laut „Neuer Badischer Landeszeitung“, anscheinend nach vorausgegangenem Streit, der 32jährige Friedrich Hört auf seinen 39jährigen Bruder, als dieser sich anschickte, mit einem Fußballverein in einem der Firma Hört gehörigen Auto eine Fahrt zu einem auswärtigen Spiel anzutreten, aus einer Pistole sieben Schüsse ab, die den sofortigen Tod des älteren Hört zur Folge hatten. Darauf richtete der Bruder die Waffe gegen sich selbst und tötete sich durch einen Kopfschuß.

Spd. Weinsheim, 26. April. Die Volkshilfe an der Bergstraße wird in 2 bis 3 Tagen den höchsten Stand erreichen und dürfte noch mindestens 15 Tagen in ihrer märchenhaften Schönheit vorhalten. Das Weinheimer Blütenfest am Sonntag in der Obigrohhalle fand mit einem Festkonzert der Stadt- und Feuerwehrkapelle ihren Abschluß. Der Besuch war trotz Regenschauer äußerst stark. Zahlreiche Körperschaften und Vereine stellten Weinheim ihren Besuch ab, auch Vertreter der Weingüter von Mittelbaden und vom Kaiserstuhl sowie Vertreter des badischen Weinbauverbandes und der Pfälzischen Weingärtnergenossenschaften. Die Weingärtnervereinigung Bergstraße beabsichtigt nun, das Weinheimer Blütenfest zu einer alljährlichen Veranstaltung zu machen.

Spd. Forstheim, 27. April. Als heute früh eine Büroangestellte der Bijouteriefirma Arthur Mehle die Geschäftsräume öffnete, fand sie Frau und Kind des Firmeninhabers tot am Boden liegend vor. Es wird vermutet, daß sie sich mit Zyankali vergiftet haben. Die Gründe sind noch unbekannt. Der Chemiker konnte noch nicht verhört werden, da er nicht aufzufinden ist.

Spd. Ettlingen, 27. April. Am Samstagnachmittag ereignete sich am Walde zwischen Malsch und Bruchthal infolge Überholens ein schweres Autounfall, bei dem drei Personen schwer verletzt wurden. Ein Opelwagen, gesteuert von einem Herrn Dr. Sütterle aus Wiesloch, wurde von einem Karlsruher Rennwagen überholt. Der Opelwagen wurde gestreift und gegen einen Baum geschleudert. Der Wagen überschlug sich dreimal und nur dem Umstand, daß er feillich gegen den Baum geschleudert wurde, verdankte die Insassen ihr Leben. Der Wagen ist in der Mitte total auseinandergebrochen. Die Insassen, ein Herr Dr. Fuchs aus Heidelberg und dessen Frau, wurden mit schweren Verletzungen in das städt. Krankenhaus Karlsruhe und von dort später nach Heidelberg überführt. Dr. Sütterle kam mit etwas geringeren Verletzungen davon.

Spd. Freiburg i. Br., 25. April. Bei der heutigen ersten Immatrikulation für das Sommersemester 1931 wurden an der Universität Freiburg 830 Studierende, darunter 201 Frauen, neu aufgenommen. Auf die einzelnen Fakultäten verteilt, entfallen auf die theologische 14, die rechts- und staatswissenschaftliche 239, die medizinische 359, die philosophische 109 und die naturwissenschaftlich-mathematische Fakultät 109 Studierende.

Spd. Donaueschingen, 25. April. Hier fand heute vormittag die Rekrutenvereinigung statt.

Spd. Achdorf (Wutachthal), 25. April. Nach vorgenommenen Messungen der Erdbebung an der Wutach bei Achdorf zeigte sich, daß die ganze Aufschung immer noch in Bewegung ist. Die eigentliche Wutachscholle wurde weiter um einen halben Meter hoch gerückt; ebenso haben sich die Spalten und Risse bis zu 40 Zentimeter verändert und erweitert. Der Druck muß gewaltig sein, denn die Bewegungsfläche beträgt etwa 25 Hektar mit einer Tiefe von etwa 20 bis 25 Meter; es drücken daher hunderte Tausende Kubikmeter auf das Wutachbett. An eine Herstellung der Straße Achdorf-Rüben ist vorerst nicht zu denken, so lange das Gebiet nicht ruhig bleibt.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	27. April		26. April	
	Geld	Reise	Geld	Reise
Amsterdam 100 G.	168.59	168.93	168.59	168.93
Kopenhagen 100 Kr.	112.22	112.44	112.25	112.47
Italien . . . 100 L.	21.965	22.05	21.97	22.01
London . . . 1 Pf.	20.392	20.432	20.391	20.431
New-York . . 1 D.	4.1945	4.2025	4.1950	4.2030
Paris . . . 100 Fr.	16.395	16.435	16.379	16.437
Schweiz . . . 100 Fr.	80.80	80.96	80.80	80.96
Wien 100 Schilling	59.02	59.14	59.00	59.12
Brag . . . 100 Kr.	12.424	12.444	12.422	12.442

Die Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ist gegenüber der Vormwoche von 113,8 auf 113,7 leicht zurückgegangen.

Landesgewerbeamt für Südwestdeutschland u. G., Karlsruhe. In der Generalversammlung wurde der bereits in unserer Zeitung behandelte Geschäftsbericht des Vorstandes besprochen. Die Bilanz wurde einstimmig genehmigt, ebenso Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung erteilt. Die auscheidenden Mitglieder des Aufsichtsrates, Präsident Jenmann, die Bankdirektoren Michel, Sepp und Stern, wurden wiedergewählt. Direktor Pössel von der Preussischen Zentralgenossenschaftsliste gab zunächst seiner Freude Ausdruck, daß die Bilanz der Landesgewerbeamt von den Mitgliedern bei der Kavag bereinigt sei. Im Anschluß daran besprach er die gegenwärtige Wirtschaftslage.

